

Internationale Freigeistige Rundschau 3/2022

Europa

Deutschland

(5644) **Köln.** Das Erzbistum Köln hat seinen nächsten Finanzskandal und den nächsten Fehltritt eines Klerikers - diesmal wegen Spielschulden in Höhe von knapp 1,2 Millionen Euro. Diese übernahm das Erzbistum in äußerst großzügiger Weise. Es gab an, den Priester "im Rahmen der Fürsorgepflicht" unterstützt zu haben. Medienberichten zufolge wurde rund eine halbe Million aus jenem "Sondervermögen" abgezweigt, das eigentlich für Entschädigungszahlungen an Opfer von klerikalem sexuellem Missbrauch zur Verfügung gestellt werden sollte. Die Opferverbände reagierten mit Empörung, weil die Missbrauchopfer nur mit einem Bruchteil dieser Summe abgespeist werden, obwohl sie sich - anders als der Kleriker - nichts zuschulden kommen ließen. Aber für sie gilt eben nicht die gleiche Fürsorgepflicht. (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 15. u. 16.4.22)

Inzwischen hat die NRW-Finanzverwaltung auch noch ein Bußgeldverfahren gegen das Erzbistum eingeleitet. Das Finanzamt für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung in Köln legt ihm zur Last, die Zahlung von Lohnsteuern für die Zuwendung an den Schuldenpriester unterlassen zu haben. Es geht dabei um 650.000 €uro. (*Kölner Stadt-Anzeiger*, 10.8.22)

(5645) **Hannover.** Die Missbrauchsbetroffenen in der evangelischen Kirche sehen im neu gegründeten *Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt* "die letzte Chance für die EKD" den Missbrauchsskandal in ihren Reihen mit Anstand aufzuarbeiten. Zuletzt hatte die Kirche den erst wenige Monate bestehenden Betroffenenbeirat einseitig aufgelöst. Deren Vertretung kritisierte u.a., der Umgang mit sexueller Gewalt sei in vielen Landeskirchen und kirchlichen Institutionen "nicht von Offenheit und Fürsorge geprägt, sondern von institutioneller Abwehr". Besonders problematisch sei, dass viele Opfer bei einem kirchlichen Träger arbeiten und damit erpressbar seien. "Die vielen Betroffenen, die sich fern der Kirche positionieren und wirklich unabhängige Aufarbeitung wollen, sind nicht angemessen vertreten", so die frühere Beirätin Kracht. Auch das neuformierte Gremium behebe dieses Defizit nicht. (*Süddeutsche Zeitung*, 1.7.22)

(5646) **Frankfurt.** Die katholischen Theologieprofessoren Hopping (Freiburg) und Tück (Wien) plädieren für eine umfassende Reform der theologischen Fakultäten in Deutschland. Die 11 katholischen und 19 evangelischen Fakultäten stünden unter einem erheblichen Legitimationsdruck, da sie meist nur noch zu "deutlich unter fünfzig Prozent" ausgelastet seien. Die Berufung auf die Schutzwirkung von Konkordaten und Staatskirchenverträgen versprechen auf die Dauer keinen Erfolg. (*Frankfurter Allgemeine*, 7.7.22; *Evangelischer Pressedienst*, 8.7.22)

Anm. MIZ-Red.: Speziell in Bayern ist die Zusammenlegung der katholisch-theologischen Fakultäten und die Konzentration auf die katholische Universität Eichstätt schon aus Kostengründen mehr als geboten. In den übrigen Standorten München, Regensburg, Passau, Augsburg und Würzburg reicht jeweils ein religionspädagogischer Lehrstuhl für die Ausbildung der Religionslehrer aus.

(5647) **Stuttgart.** Die Frankfurter Ethnologin Susanne Schröter hat den bekenntnisgebundenen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen als gescheitert bezeichnet. Die Leiterin des *Frankfurter Forschungszentrum Globaler*

Islam warf speziell dem baden-württembergischen Kultusministerium vor, „Organisationen des politischen Islam über den Religionsunterricht Zugriff auf Schüler in staatlichen Schulen zu ermöglichen.“

In Baden-Württemberg verantwortet eine Landesstiftung den islamisch-sunnitischen Religionsunterricht. An dieser sind mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft der Bosniaken und dem Landesverband islamischer Kulturzentren zwei islamische Verbände, darüber hinaus aber auch verbandsunabhängige Musliminnen und Muslime, beteiligt. Am Unterricht nehmen dort ca. 6.000 Schülerinnen und Schüler teil. Der islamische Religionsunterricht ist aktuell in mehreren Bundesländern Gegenstand kontroverser Debatten. In Hessen beispielsweise wurde die Landesregierung durch Gerichtsentscheidung verpflichtet, die Zusammenarbeit mit dem von der türkischen Religionsbehörde getragenen Verband *DITIB* fortzusetzen. (*Bild*, 11.7.22; *Vatican News*, 29.7.22)

(5648) **München.** Ausgerechnet auf dem Jahresempfang des Erzbistums München hat Bayerns Ministerpräsident Söder klargemacht, dass für die Kirchenprivilegien keine Ewigkeitsgarantie besteht. Wörtlich sagte er: "Ich bekenne mich ausdrücklich zur Institution Kirche, aber jedem muss klar sein: Wenn die Mitgliederzahlen so weitergehen, werden diejenigen, die eine grundlegend andere Auffassung haben, besondere Stellungen und Privilegien in Frage stellen und thematisieren, ob all dies noch zeitgemäß ist, ob man das nicht ändern muss." (*Süddeutsche Zeitung*, 14.7.22)

(5649) **Speyer/Münster.** Angesichts der Aussichtslosigkeit von Reformbemühungen innerhalb der katholischen Kirche reichen immer mehr hochrangige Kleriker ihren Abschied ein. Andreas Sturm, bisher als Generalvikar der Stellvertreter des Bischofs und gleichzeitig auch Verwaltungschef der Diözese Speyer, entschloss sich zum Übertritt zur Altkatholischen Kirche, die die päpstliche Unfehlbarkeit ablehnt und sich deshalb 1870 von der römischen Kirche abgespalten hat. Auch sie leidet an Überalterung und hat sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland auf 15.000 Mitglieder halbiert, doch sind hier genau jene Reformen bereits verwirklicht, auf die viele Katholiken in der römischen Kirche wohl vergeblich hoffen. Kurz danach hängte ein Priester-Ausbilder aus dem Bistum Münster seine Tätigkeit als Priester an den Nagel. Der stellvertretende Leiter des Priesterseminars, Subregens Holger Ungruhe, wurde „bis auf weiteres und auf dessen eigenen Wunsch vom priesterlichen Dienst entpflichtet“. Er nehme „auf eigenen Wunsch eine Tätigkeit außerhalb des kirchlichen Bereichs auf“, hieß es. Auch er zeigte sich frustriert über die Reformunfähigkeit der Kirche. (*KNA*, 20.7.22)

(5650) **München/Bonn.** Obwohl die katholische Kirche 2021 mehr als eine halbe Million Mitglieder verloren hat, sind ihre Kirchensteuereinnahmen wegen der allgemeinen Einkommensentwicklung sogar noch gestiegen. Sie nahmen mit 6,732 Milliarden Euro um 280 Millionen (4,34 Prozent) gegenüber 2020 zu. Die von Austritten besonders gebeutelte Erzdiözese München und Freising erwirtschaftete statt des erwarteten Minus von 12 ein Plus von 17 Millionen. Den Verlautbarungen bei der Präsentation des Jahresberichts zufolge ist aber nicht zu erwarten, dass den vielen Opfern des Missbrauchsskandals davon etwas zugute kommt. Die evangelische Kirche hält ihre Kirchensteuereinnahmen 2021 offenbar geheim, denn auf der Seite *ekd.de* waren viele Texte zur Kirchensteuer einsehbar, nur nicht die konkreten Einnahmen in 2021. Selbst der *Evangelische Pressedienst* konnte sie noch Ende Juli nicht angeben und formulierte: "Der Statistik der evangelischen Kirche vom April zufolge betrugen die Einnahmen 2021 rund sechs Milliarden Euro, so viel wie noch nie." Dies wäre eine Steigerung von rund sieben Prozent. (*Süddeutsche Zeitung*, 22. u. 29.7.22; Mitteilung der Bischofskonferenz Juni 2022)

Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *INSA* zufolge sind 68 Prozent der Katholiken für die Abschaffung der Kirchensteuer. Der Eichstätter Bischof Hanke meinte, die Kirche sei "gut beraten, nach Wegen alternativer Finanzierung zu suchen, da das deutsche Kirchensteuersystem kein Zukunftsmodell sein dürfte". (*Bild*, 5.8.22)

(5651) **Augsburg/München.** Die Gewohnheiten und Vorlieben junger Hochzeitspaare haben sich in den letzten Jahren gerade in Bayern exorbitant gewandelt. Obwohl die Zahl der standesamtlichen Trauungen zwischen 2018 und 2021 von 73.000 auf knapp 60.000 zurückging, nahm die Zahl freier Trauzeremonien enorm zu. Diverse Trauredner(innen) stellten fest, dass selbstbestimmte Hochzeitsabläufe von den Paaren als viel emotionaler, vergnüglicher und entspannter empfunden werden als herkömmliche Trauungen. Völlig out seien kirchliche Zeremonien, da junge Paare oft nicht nur kirchenfern, sondern auch dezidiert nichtgläubig seien. Diesen Trend bestätigt auch die Statistik: Ließen sich 2012 in Bayern 33 Prozent der Paare auch kirchlich trauen, waren es 2021 gerade noch 12 Prozent. (*Süddeutsche Zeitung*, 30.7.22)

(5652) **Aachen.** Aachener Kleriker können nicht nur in der Pädophilie Experten sein, sondern besitzen mitunter auch Spezialkenntnisse im Drogenhandel. In Brüssel sitzt seit längerem ein Priester der Diözese wegen systematischer Einfuhr von Drogen im Gefängnis. (*Aachener Nachrichten*, 22.7.22) Nun wurde auch noch der örtliche Gefängnisseelsorger ertappt, als er Drogen einschmuggeln wollte. Eine Sprecherin der Diözese bestätigte erst mit erheblicher Verzögerung den entsprechenden Bericht der *Aachener Nachrichten*. Der langjährige Pastoralreferent hatte demnach am 19. Juli versucht, fünf in Döner verpackte Drogenpäckchen und Handys in das Jugendgefängnis Heinsberg zu schaffen, doch fiel die seltsame Form der Päckchen auf. Anschließend erteilte die JVA dem Seelsorger sofortiges Hausverbot. Erst zwei Wochen später kündigte ihm auch das Bistum Aachen. Gefängnisseelsorger werden zwar von der Kirche abgeordnet, aber üblicherweise vom Staat bezahlt. (*Aachener Nachrichten*, 3.8.22)

(5653) **Karlsruhe.** Der Bundesgerichtshof hat eine Frau vom Vorwurf der Tötung auf Verlangen freigesprochen, die ihrem schwerstkranken Mann eine Überdosis Insulin verabreichte, nachdem dieser bereits eine Überdosis Tabletten eigenhändig eingenommen hatte. Zum Spritzen des Insulins war er jedoch physisch nicht mehr in der Lage. Der BGH befand: "Das Verhalten der Angeklagten stellt sich nicht als Tötung ihres Ehemanns durch aktives Tun, sondern als straflose Beihilfe zu dessen Suizid dar." Die Vorinstanz hatte 2020 die Frau wegen Tötung auf Verlangen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt. (*Süddeutsche Zeitung*, 12.8.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Mit dem Urteil weist das zweithöchste Gericht den Weg in den seltenen Ausnahmefällen, in denen eine suizidwillige und willensfähige Person zur Ausführung des Suizids nicht mehr in der Lage ist, weil sie z.B. weder die Hände ausreichend bewegen noch schlucken kann. Wenn der zurechnungsfähige Wille eindeutig ist, kann demnach auch ein "Freitod von fremder Hand" straflos sein.

Großbritannien

(5654) **Belfast.** Das oberste Gericht Nordirlands gab einem religionsfreien Vater Recht, der dagegen geklagt hatte, dass seine siebenjährige Tochter im Religionsunterricht ohne elterliche Einwilligung an christlichen Versammlungen teilnehmen und mitbeten musste. Gleichzeitig entschied das Gericht, dass eine

christliche Missionierung oder eine Parteinahme des Staates zugunsten des Christentums an Primarschulen generell rechtswidrig und mit der Europäischen Menschenrechtskonvention unvereinbar ist.

Unterstützt wurde die Familie dabei von dem Menschenrechtsanwalt Darragh Mackin von *Phoenix Law*, einer Organisation, die sich speziell auf Menschenrechtsfälle vor Gericht spezialisiert hat. Durch Podcasts und Konferenzen, die Mackin veranstaltete, erlangte der Fall medial eine große Bekanntheit.

Das bisherige Gesetz verpflichtet staatliche Schulen in ganz Großbritannien - also auch in England, Wales und Schottland – mindestens einmal am Tag "gemeinsames Beten" zu praktizieren. Eltern hatten zwar das Recht ihre Kinder davon zu befreien, aber ein direktes Gesetz fehlt bisher, welches Schülern selbst die Teilnahme freistellen würde.

Der Religionsunterricht ist in Nordirland noch stärker von christlichen Organisationen kontrolliert als im restlichen Vereinigten Königreich. Laut bisherigem Schulrecht sollen dort das Verständnis für die fundamentalen Lehren des christlichen Glaubens vermittelt werden. Außerdem sollen Kinder die Fähigkeit erlernen, die Bibel zu interpretieren und ihre Lehren auf das heutige Leben anzuwenden. Eine wirkliche Kontrolle der Inhalte findet bislang kaum statt und wird sogar teilweise von externen evangelikalen Organisationen übernommen. Das Gericht stellte fest, dass die Regionalparlamente die aktuelle Gesetzeslage massiv verändern und in angemessener Frist mit der Europäischen Menschenrechtskonvention in Einklang bringen müssen.

Die *National Secular Society (NSS)* von Großbritannien begrüßte das Urteil und forderte rasche Konsequenzen. Christliche Privilegien hätten zu lange das Schulsystem dominiert. Mit dem jetzigen historischen Urteil ist die *NSS* sicher, dass das bisherige System nicht mehr weiter existieren kann und an eine weltanschaulich diverse Gesellschaft angepasst werden muss. (*ITV-News*, 5.7.22; *Humanistischer Pressedienst*, 20.7.22)

Montenegro

(5655) **Podgorica.** Die Regierung von Montenegro, vertreten durch Premierminister Abazovic, und die serbische orthodoxe Kirche unter Patriarch Porfirije haben ein seit langem umstrittenes Grundsatzabkommen unterzeichnet, das die Beziehungen von Staat und Serbischer Kirche in Montenegro regeln soll. Der Patriarch beteuerte, dass die serbisch-orthodoxe Kirche keine Privilegien beanspruche, sondern schlicht wie jede andere Religionsgemeinschaft behandelt werden wolle; nicht besser, aber auch nicht schlechter.

Während der Synod der serbisch-orthodoxen Kirche das Dokument bereits Ende Juni annahm, gab es im Parlament seit Monaten erbitterte Auseinandersetzungen. Am 8. Juli votierte Montenegros Regierung zwar mit Stimmenmehrheit für das Abkommen, aber die mitregierende Sozialdemokratische Partei und die führende Oppositionskraft, die Demokratische Partei der Sozialisten (DPS), von deren Unterstützung im Parlament Abazovics Minderheitsregierung abhängig ist, hatten sich dagegen ausgesprochen. Die Kritiker hatten bemängelt, dass das Abkommen der serbisch-orthodoxen Kirche zu viele Privilegien zugestehe. Auch hieß es, dass das Abkommen nicht mit der serbisch-orthodoxen Kirchenspitze mit Sitz in Belgrad, sondern mit Vertretern der serbisch-orthodoxen Metropole in Montenegro abgeschlossen werden sollte. Das Grundsatzabkommen solle von Rechtsexperten auf seine Verfassungsmäßigkeit hin überprüft werden.

Der Hintergrund: In Montenegro gibt es zwei orthodoxe Kirchen, die serbisch-orthodoxe Kirche und die wesentlich kleinere montenegrinisch-orthodoxe Kirche, die sich selbst als unabhängig ansieht, von der Weltorthodoxie aber nicht anerkannt ist.

Im Zentrum der Konflikte standen dabei u.a. Eigentumsstreitigkeiten der serbisch-orthodoxen Kirche mit staatlichen Organen und der konkurrierenden montenegrinisch-orthodoxen Kirche. (*kathpress*, 4.8.22)

Österreich

(5656) **Salzburg**. Für ein gewaltiges Medienecho sorgte der Salzburger Erzbischof Lackner mit seiner Ankündigung einer "Ewigen Jungfrauenweihe" im Salzburger Dom. Die Weihe ähnelt der Priesterweihe. Die Kandidatin soll im Brautkleid ausgestreckt auf dem Boden liegen, sie bekommt einen Schleier, einen Ring und ein Stundenbuch verliehen und geht angeblich eine symbolische Ehe mit Jesus ein. „Berufungen, Weihen und Gelöbnisse gehören zur DNA der Kirche und sind keineswegs Relikte aus einer 'Mottenkiste des Mittelalters'“, schrieb Lackner. Er knüpft aber an die Tradition der frühen Kirche an, wo es schon die Weihe von Witwen und unverheirateten Frauen gegeben hat, die dem Bischof - wie jetzt diese "Jungfrau in spe" - Keuschheit und Gehorsam gelobten.

In einem Leitartikel der *Salzburger Nachrichten* vom 8. August wurde die Zeremonie als Relikt „wie aus einer Mottenkiste des Mittelalters entnommen“ bezeichnet, die ein überkommenes Bild von Frauen in der Kirche „als sakrosanktes Vorbild publik macht“, während zugleich Frauen „von Geschlechts wegen jegliches Amt“ verweigert werde. Laut einer Schätzung gibt es derzeit weltweit rund 5.000 geweihte Jungfrauen. (*kathpress*, 11.8.22)

Polen

(5657) **Warschau**. Die staatliche Kommission zur Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch hat von der katholischen Kirche erneut die Freigabe von Akten über beschuldigte Geistliche gefordert. Außerdem solle die Kirche ihre systematische Aktenvernichtung nach zehn Jahren stoppen, damit diese Dokumente auch in weiter zurückliegenden Fällen genutzt werden können.

"Wenn es um den Zugang zu Dokumenten geht, gibt es eine unverständliche Barriere" bei Kirchenfunktionären, kritisierte Kommissionschef Kmiecik den Klerus bei der Vorstellung des neuen Jahresberichts. Noch schlechter kam der Heilige Stuhl in Rom weg: Der Botschafter des Vatikan in Polen habe seine Bitte um die Bereitstellung von Akten überhaupt nicht beantwortet. Sobald Bistümer Akten über kirchliche Verfahren gegen Beschuldigte an den Vatikan übergäben, kämen sowohl die polnische Justiz als auch die Aufarbeitungskommission nicht mehr an sie heran, so Kmiecik. Zudem beklagte er, dass das Kirchenrecht weiterhin die Vernichtung der Akten zehn Jahre nach der Verurteilung von Tätern vorsehe.

Um die Wahrheit festzustellen, brauche man neben Zeugenaussagen auch die Analyse von Dokumenten, so der Rechtsprofessor. Anders als die Kirche lobte Kmiecik die Justiz des Landes, weil sie Akteneinsicht gewähre. Der Kommission wurden seit vergangenen Sommer 57 Fälle mitgeteilt, in denen Geistliche dringend verdächtig sind sexuellen Kindesmissbrauch begangen zu haben. (*KNA*, 3.8.22)

Schweiz

(5658) **Zürich**. Das Züricher Bezirksgericht hat einen schwulenfeindlichen Straßenprediger wegen diskriminierender Aussagen über Homosexuelle zu 15.200 Franken (etwa 15.600 Euro) Geldstrafe verurteilt. Zu seiner Verteidigung hatte der Mann vorgebracht, dass er nur aus der Bibel zitiert habe. Das Gericht stellte aber fest, dass herabsetzende Äußerungen auch dann eine Straftat sein können, wenn sie dem Wortlaut einer angeblich "heiligen Schrift" entsprechen. Dabei stützte sich das

Gericht auf den neuen Diskriminierungsartikel, den die Schweizer im Februar 2020 in einer Volksabstimmung annahmen. Dieser verbietet Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung. Es handelt sich um eines der ersten Urteile in der Schweiz, bei welchem die Ausweitung des Gesetzesartikels zum Zuge kommt.

Der Fall ereignete sich bereits im Juni 2021. In einer Züricher Einkaufsstraße hatte der christliche Fundamentalist Homosexualität als Sünde, homosexuelle Liebe als "böse Lust" und "schändliche Begierde" bezeichnet. Beendet wurde der Auftritt des selbsternannten "Bußpredigers", als zwei Passanten die Polizei informierten. Der Prediger versuchte daraufhin, sich den Beamten durch Flucht zu entziehen.

Bereits im April wurde ein Mann per Strafbefehl im Kanton Waadt zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt. In einem Video hatte er eine lesbische Journalistin beleidigt und sich homophob geäußert. (SRF, 29.7.22)

Spanien

(5659) **Madrid.** Seit Beginn der Untersuchungen im Februar tauchen immer mehr unbekannte Fälle von Missbrauchsfällen in der Kirche Spaniens auf. So seien die von der Bischofskonferenz zunächst bekanntgegebenen Fälle nur „die Spitze des Eisberges“. Dies stellte ausgerechnet der von der spanischen Bischofskonferenz beauftragte Anwalt Javier Cremades fest. Er selbst habe seit seiner Ernennung Hunderte von nicht gemeldeten Fällen erhalten. „Zwischen denen, die der Bischofskonferenz vorliegen, und denen, die der Zeitung *El País* vorliegen, sprechen wir von etwa 1.000 bis 2.000 Fällen. Jetzt sind wir dabei, die Fälle, die uns erreicht haben, zu sortieren und zu klassifizieren“. (Mitte Dezember 2021 berichtete *El País*, sie habe eine dreijährige Untersuchung über sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche in Spanien durchgeführt und dabei 251 unveröffentlichte Missbrauchsfälle aus den letzten 80 Jahren mit bis dahin 1.246 Missbrauchsoffern aufgedeckt; vgl. *MIZ* 1/22, Meldungen 5590 und 5592.)

Cremades erklärte, dass seine Untersuchung zwar „recht gut“ voranschreite, aber nicht ohne „einige Schwierigkeiten“ verlaufen sei. „Es wird nicht einfach sein, den Umfang, die Anzahl der Fälle und das Ausmaß des Phänomens zu bestimmen, denn viele Opfer haben sich nicht gemeldet, sie schweigen, und wir verstehen sie auch“, sagte er. Außerdem bestätigte er, dass die Anzahl der Fälle, die er bisher untersucht habe, „nicht der Realität des Problems entspricht“. Cremades' Aussage „es gibt viel Schweigen; wir kommen aus einer Kultur der Vertuschung und einer Kultur des Schweigens, in der die Kirche die Institution über das Individuum stellte und umgekehrt die Menschen ein enormes Gefühl der Hilflosigkeit empfanden“ wird als Anspielung auf die Bischofskonferenz gewertet, die noch im Januar 2022 eine unabhängige Kommission abgelehnt und im Februar unter inner- wie außerkirchlichem Druck eine Kehrtwende gemacht hatte.

Cremades hofft seine Ergebnisse im Jahr 2023 zu veröffentlichen. (*Europa Press*, 28.7.22)

Vatikan

(5660) **Vatikanstadt.** Der Vatikan hat nun selbst hoch offiziell festgestellt, dass die eigene Hausbank *IOR* ("Institut für die Werke der Religion") auch in jüngerer Zeit von Gaunern und Betrügern geleitet wurde. Schon in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts war das päpstliche Kreditinstitut zu Zeiten von Michele Sindona und Roberto Calvi die kriminellste Bank der Welt. (Ersterer brachte sich im Gefängnis um, letzterer wurde von Helfern des Vatikans in London an der Black-Friars-Bridge ertränkt, weil er zu viele peinliche *IOR*-Internas wusste.)

Das Berufungsgericht des Staates der Vatikanstadt hat nun das Gerichtsurteil vom 21. Januar 2021 gegen Angelo Caloia, den ehemaligen Präsidenten der Vatikanbank, den Anwalt Gabriele Liuzzo, *IOR*-Sonderbevollmächtigten, sowie dessen Sohn Lamberto bestätigt. Bei dem Prozess ging es um Immobilientransaktionen des vatikanischen Geldinstituts. Obwohl einige Fälle von Veruntreuung für verjährt erklärt und die Strafen daher gesenkt wurden, waren die festgestellten Straftaten der Geldwäsche und der Veruntreuung so massiv, dass Caloia und Liuzzo zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von acht Jahren und sechs Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 12.500 Euro verurteilt wurden. Lamberto Liuzzi kam mit fünf Jahren und zwei Monaten Gefängnis sowie einer Geldstrafe von 8.000 Euro davon. Alle Angeklagten sind „für alle Zeiten“ von öffentlichen Ämtern im Vatikan ausgeschlossen. (*Vatican News*, 22.7.22)

(5661) **Vatikanstadt.** Der Papst hat in einer offiziellen Erklärung dem Reformprozess in Deutschland eine kategorische Absage erteilt. Der "Synodale Weg" sei nicht befugt, neue Ausrichtungen der katholischen Lehre und Moral zu beschließen. Da der Heilige Stuhl genau weiß, dass dort keine Beschlüsse, sondern nur Vorschläge erarbeitet werden, wird dies als Vorab-Zurückweisung aller Reformbemühungen gewertet, die außerhalb Mitteleuropas ohnehin nur bei einer kleinen innerkatholischen Minderheit Anklang finden. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.7.22)

(5662) **Vatikanstadt.** Nach der Kanada-Reise von Papst Franziskus ist eine Debatte entbrannt, ob der Vatikan geraubte Artefakte zurückgeben sollte. Der Vatikanexperte für Kulturfragen, Ulrich Nersinger, "will auch gar nicht ausschließen, dass darunter etwas ist, was nicht so ganz legitim in den Vatikan gekommen ist." Allein im früheren Missionsethnologischen Museum seien über 80.000 Objekte gesammelt, die teils durch Geschenke, teils als Raubgut dorthin gekommen seien. Zu letzteren zählt auch die *Bibliotheca Palatina*, die im 30-jährigen Krieg auf Geheiß des Papstes aus Heidelberg gestohlen und vom Vatikan bis heute nur zu einem kleinen Teil zurückgegeben wurde.

An die Rückgabe von unrechtmäßig angeeignetem Kulturgut denke der Heilige Stuhl gegenwärtig nicht. "Im Großen und Ganzen wird das nur schwer durchführbar sein", behauptete Nersinger, zumal z.B. Ägypten nicht wisse, was es mit rückgeführten Obelisk anfangen solle. Eine Rückerstattung wird vom Vatikan offensichtlich nur befürwortet, wenn ein Raub nachgewiesen ist, wie das etwa bei exotischen Schrupfköpfen der Fall sein könne. (*Domradio Köln*, 2.8.22)

(5663) **Vatikanstadt.** Der vatikanische Kirchenrechtler und Untersekretär im päpstlichen Dikasterium für die Gesetzestexte, Markus Graulich, kritisierte die in Deutschlands katholischer Kirche geplante Arbeitsrecht-Reform. Unter dem Titel *Wie kirchlich ist kirchliches Arbeitsrecht, das sich von der Morallehre der Kirche verabschiedet?*“ zerplückt der Ordensgeistliche in der *Herder-Korrespondenz* die bescheidenen Reformansätze des neuen Dienstrechts.

Graulich weist darauf hin, dass ein Entwurf für eine neue Grundordnung nicht mehr von „Loyalitätsobliegenheiten kirchlicher Mitarbeiter“ spricht, „sondern nur mehr von ‚Anforderungen‘ im Blick auf die Dienstverhältnisse“. Die vorgeschlagenen Änderungen des kirchlichen Arbeitsrechts sind aus seiner Sicht „eng mit Bestrebungen verbunden, die Sittenlehre beziehungsweise die Moral der Kirche aufzugeben oder sie entsprechend zu verändern“. Zu den Grundpflichten der Gläubigen gehöre es laut Kirchenrecht, „auch in ihrem eigenen Verhalten, immer die Gemeinschaft mit der Kirche zu wahren“ (can. 209 §1 CIC). Graulich: „Dies gilt besonders für diejenigen, die an der Sendung der Kirche mitarbeiten; alles andere ist unglaublich. Wenn nun aber keine der Sittenlehre der Kirche entsprechenden

Ansprüche mehr an die Mitarbeiter gestellt werden – wozu braucht es dann noch ein eigenes kirchliches Arbeitsrecht?“

Die Regeln für die rund 790.000 Beschäftigten der katholischen Kirche und der Caritas in Deutschland sollen sich in kleinen Teilbereichen ändern. Im Entwurf der Bischofskonferenz für eine neue „Grundordnung des kirchlichen Dienstes“ heißt es, die private Lebensgestaltung, „insbesondere Beziehungsleben und Intimsphäre“ der Beschäftigten, solle keinen Anlass mehr für Kündigungen bieten, falls diese nicht im Einklang mit der kirchlichen Lehre stehe. Dies beträfe allenfalls geschiedene Wiederverheiratete und nicht-heterosexuell Orientierte. Doch nun steht selbst diese Änderung in Frage, da sie offenkundig nicht die vatikanische Zustimmung findet. (*Herder Korrespondenz*, 25.7.22)

Nordamerika

Kanada

(5664) **Kamloops/British Columbia.** Mit einer "Reise der Buße" versuchte der Papst persönlich eine symbolische "Wiedergutmachung" für die unfassbaren Verbrechen katholischer Missionare an den kanadischen Ureinwohnern einzuleiten. Im 19. und 20. Jahrhundert waren Zehntausende von Kindern ihren Familien entrissen worden um sie in so genannten *Residential Schools* zu "zivilisierten Christen" zu erziehen. In den zumeist katholischen Heimen wurde den Kindern nicht nur ihre Muttersprache und kulturelle Identität genommen, sondern sie erlebten auch brutale Folter und sexuelle Ausbeutung. Viele Indigene überlebten diese Behandlung nicht. Erst im Mai 2021 wurden im Hinterhof des einstigen katholischen Internats von Kamloops 215 Kinderleichen in einem Massengrab gefunden, einen Monat später entdeckte man 750 anonyme Gräber auf dem Gelände des früheren katholischen Internats in Marieval in Saskatchewan. Insgesamt fand man nach eingehenden Bodenuntersuchungen rund 130.000 derartige Gräber in Kanada.

Der Papst selbst sprach von „empörendem Übel“, das die Kirche der kanadischen Urbevölkerung angetan habe, die Überlebenden warfen der Kirche hingegen vor, sich vor Entschädigungen und der strafrechtlichen Verfolgung noch lebender Täter zu drücken. So lebe ein Priester, der Inuit-Kinder missbraucht habe, bis heute unbehelligt in Südfrankreich.

Bereits 2006 hatten Überlebende mit einer Sammelklage 50 kirchliche Institutionen in Kanada vor Gericht gebracht und erreicht, dass die katholische Kirche zur Zahlung von 25 Millionen kanadischen Dollar verpflichtet wurde. Laut der das Verfahren begleitenden Juristin entzogen sich die Kirchenvertreter jedoch mit juristischen Tricks weitgehend dieser Verpflichtung und zahlten ganze vier Millionen Dollar. Dazu äußerte sich der Papst jedoch ebensowenig wie zu der Tatsache, dass viele Akten von betroffenen Missionsorden in Rom lagern und der Vatikan bisher nichts zu ihrer Herausgabe unternommen hat. Ein Teil der Opfer sieht daher im Auftritt des Papstes nur eine Kampagne zur Verbesserung des katholischen Images. (*Vatican News*, 25.7.22; *Süddeutsche Zeitung*, 26.7.22)

Entgegen der Darstellung der Vatikan-Presse wurde der Papst übrigens keineswegs freundlich, sondern mit Eiseskälte empfangen, wie in der *Zeit* vom 4.8.22 thematisiert wurde. In dieser gewiss kirchenfreundlichen Wochenzeitung wurde ein Foto von Inuit-Demonstranten abgedruckt, die u.a. "facta non verba" (Taten statt Worte) forderten.

Vereinigte Staaten

(5665) **Topeka.** Die Volksabstimmung in Kansas zum Abtreibungsrecht endete mit einer faustdicken Überraschung. Entgegen allen vorherigen Umfragen entfielen fast 60 Prozent der Stimmen auf die Option, das bisherige Recht auf einen Schwangerschaftsabbruch nicht anzutasten. Dies ist umso bemerkenswerter, als Kansas als sehr konservativ gilt. Trump gewann hier 2020 mit 15 Prozent Vorsprung, im lokalen Senat haben die Republikaner fast eine Dreiviertelmehrheit. Im Meade County, wo Biden nur 14 Prozent der Stimmen gewann, lehnten jetzt 70 Prozent eine Rechtsänderung ab. Die Demokraten frohlocken, haben sie doch nun ein Thema gefunden, mit dem sie bei den bevorstehenden Wahlen punkten können. (*Süddeutsche Zeitung*, 6.8.22)

Lateinamerika

Argentinien

(5666) **Buenos Aires.** Der erst im März 2021 von rund 50 laizistischen, feministischen, religiösen sowie atheistischen und Bürgerrechts Organisationen gegründete Dachverband *Organisaciones Laicistas de Argentina* (OLA) hat wegen der Privilegierung der katholischen Kirche Verfassungsklage eingereicht. In Artikel 2 der argentinischen Verfassung ist die besondere Unterstützung des römisch-katholischen Kultes festgelegt, was auch zur Finanzierung von Bischofsgehältern führt. Unter anderem fordert die OLA die Annullierung ökonomischer Vorteile religiöser Institutionen und ihrer Funktionäre, die Aufhebung sämtlicher aus den Diktaturen stammender Gesetze, die der katholischen Kirche Privilegien einräumen, juristische Verfolgung von Klerikern, die Verbrechen gegen Minderjährige begangen haben, die Öffnung der Kirchenarchive mit Bezug zu Zeiten staatlichen Terrors, die Kontrolle der Einhaltung der Gleichstellung der Geschlechter in religiösen Einrichtungen und die Entfernung religiöser Symbole aus öffentlichen Einrichtungen. Besonders kritisiert wurde der Fall einer Frau, die entführt und in Folge sexualisierter Gewalt schwanger geworden war. Der örtliche Priester setzte die Frau unter massiven Druck nicht abzutreiben. Von der argentinischen Bischofskonferenz gab es keine Reaktion zum Vorstoß des OLA-Bündnisses. (*Humanistischer Pressedienst*, 22.7.22)

(5667) **London/Buenos Aires.** Wie erst jetzt bekannt wurde, haben 43 Frauen aus Argentinien, Paraguay und Bolivien das *Opus Dei* im September 2021 beim Vatikan wegen systematischer Ausbeutung angezeigt. Sie fordern "eine finanzielle Entschädigung und öffentliche Anerkennung durch die Kirche". Dem *BBC*-Bericht zufolge stammen alle Frauen "aus einkommensschwachen Familien und wurden im Alter von 12 bis 16 Jahren in den 70er-, 80er- und 90er-Jahren mit dem Versprechen, ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen, nach Buenos Aires gebracht". Dort allerdings "wurden sie in häuslicher Arbeit ausgebildet und mussten kostenlos für leitende Mitglieder und Priester" des *Opus Dei* arbeiten. Wie viele auch sexuell ausgebeutet wurden, blieb zunächst unklar. Eine der Beschwerdeführerinnen, Alicia Torancio, musste 13 Jahre lang im Opus Dei bleiben und gab u.a. an, dass sie einer Gehirnwäsche unterzogen wurde. "Sie sagen dir, dass du dazu berufen bist, ein Heiliger zu sein, dass du durch deine Arbeit einen Beitrag für die Welt leisten kannst und dass du helfen wirst, die Welt zu verändern. Und ich war sehr idealistisch", sagte sie. In ihrer Beschwerde an den Vatikan heißt es, dass "jegliche Berufungszweifel von der Einrichtung als psychologisches/psychiatrisches Problem behandelt wurden, mit der Folge, dass Psychopharmaka verabreicht wurden, um den Willen zu neutralisieren". Torancio sagte der *BBC*, sie sei für ihre Arbeit nicht bezahlt worden, habe unter Depressionen gelitten und dies

einer vom *Opus Dei* eingesetzten Anhörungskommission nicht anvertraut. "Wie kann man von jemandem erwarten, dass er Missbrauch und Ausbeutung bei demjenigen anzeigt, der ihn missbraucht und ausgebeutet hat?", fragte sie. Im Rahmen ihrer Überlegungen, auszutreten, habe sie dem *Opus Dei* – als Folge der "Kopfwäsche" – gesagt, dies geschehe "weil ich ein schlechtes Bild für sie bin". "Ich hatte das Gefühl, dass ich nutzlos war, dass ich Gott enttäuscht hatte. Das sagen sie dir auch. Sie haben uns nicht gesagt, dass wir arbeiten. Sie sagten uns, dass wir uns selbst heiligen, dass das, was Gott von uns verlangt, Dienen ist und dass wir auf diese Weise helfen, die Welt zu verändern", erklärte sie.

Torancio fordert, dass das *Opus Dei* "öffentlich anerkennen sollte, was sie mit uns gemacht haben". Es gebe "ältere Frauen, die aufgrund der vielen Arbeit viele gesundheitliche Probleme haben und nicht einmal in Rente gehen können".

Josefina Maradiaga, Leiterin des Kommunikationsbüros des *Opus Dei* in Argentinien, reagierte hinhaltend und ausweichend. Sie erklärte gegenüber *ACI Prensa*, der *BBC*-Artikel greife Fragen auf, "die vor mehr als einem Jahr von verschiedenen Medien aufgeworfen wurden", wie etwa von der argentinischen Zeitung *La Nación* und der Nachrichtenagentur *Associated Press*. Beide Male habe das *Opus Dei* mit einem Kommuniqué reagiert, in dem es seine Bereitschaft bekundete, auf die Anschuldigungen zu reagieren, und seinen Wunsch zum Ausdruck brachte, "diejenigen zu empfangen, zu begleiten und sich bei ihnen zu entschuldigen, die mit dem *Opus Dei* in Kontakt standen oder ihm angehörten und denen wir nicht mit der Großzügigkeit und Zuneigung begegnen konnten, die sie benötigten". Tatsächlich wollte die ohnehin weltweit umstrittene Organisation allerdings diesen offensichtlichen Skandal intern regeln und vor der Öffentlichkeit so weit wie möglich abschotten. Immerhin bestritt Maradiaga mit keinem Wort die Richtigkeit der Tatsachenfeststellung durch die Beschwerdeführerinnen.

Der Vatikan hat bisher, nach fast einem Jahr, überhaupt nicht in öffentlich feststellbarer Weise reagiert. (*BBC*, 2.u.3.8.22)

Ecuador

(5668) **Quito.** Aus einer unabhängigen Untersuchung der Akten des Missionswerks *Fidei Donum* geht hervor, dass deren früherer Leiter Emil Stehle, der später auch Bischof von Santo Domingo in Ecuador war, tatsächlich pädophile Priester nach Südamerika geholt hat, die in Deutschland strafrechtlich verfolgt wurden. Die Deutsche Bischofskonferenz und die Missionsorganisation *Adveniat* hatten die Studie in Auftrag gegeben, allerdings erst Jahrzehnte nach den Taten.

Gegen Stehle selbst werden im Bericht insgesamt 16 Meldungen und Hinweise zu sexuellem Missbrauch aufgelistet. Die beschriebenen Taten zogen sich durch seine Zeit als Priester in Bogotá (Kolumbien), als Leiter von *Fidei Donum* und als *Adveniat*-Geschäftsführer in Essen sowie später als Weihbischof von Quito und als Bischof von Santo Domingo in Ecuador. Die Studie geht davon aus, dass Stehle noch weit mehr Missbräuche und Vertuschungen begangen hat. Ebenso scheint unvorstellbar, dass die Taten niemandem unter den katholischen Funktionsträgern bekannt waren.

Im Bericht heißt es dazu: „Um ein vollständigeres Bild zu erhalten, ist auch der Frage weiter nachzugehen, inwieweit die Übergriffe Stehles den zuständigen kirchlichen Stellen bekannt waren und welche Konsequenzen sie dagegen ergriffen haben.“

Immerhin räumt der heutige Hauptgeschäftsführer von *Adveniat* ein: „Emil Stehle ist als Leiter der Koordinationsstelle zum Täter von sexualisierter Gewalt und Machtmissbrauch sowie zum Komplizen gesuchter Täter geworden. Viel zu lange blieben seine Schandtaten im Dunkeln.“ (Pressemitteilung der Deutschen Bischofskonferenz, 8.8.22; vgl. auch *MIZ* 2/22, Meldung 5637)

Nachtrag: Inzwischen teilte das Bistum Trier mit, es bestünden „deutliche Anhaltspunkte“, dass der damalige Generalvikar Weins bei einem 1961 nach Paraguay geflohenen Priester ein "Strafverfahren wegen Sittlichkeitsverbrechen an sieben Oberklassenschülern" habe verhindern wollen. Mit Erfolg: Der Täter machte dort als Generalvikar Karriere, obwohl in Kirchenkreisen seine kriminelle Vergangenheit bekannt war. (Pressemitteilung der Diözese Trier, 10.8.22)

Afrika

Elfenbeinküste

(5669) **Yamoussoukro**. Parteien und Gesellschaft in der Elfenbeinküste streiten neuerdings wieder über die Polygamie, die erst 1964 vom ersten ivoirischen Parlament im Zivilgesetzbuch abgeschafft und durch die Monogamie ersetzt wurde. Nun will der Abgeordnete von Koumassi, Yacouba Sangaré, die Vielehe wieder erlauben. Er gehört zur RHDP, der Mehrheitsfraktion im Parlament, und argumentiert, de facto gebe es längst die Vielehe in weiten Teilen des Landes, auch wenn sie theoretisch mit einer Haftstrafe geahndet werden kann. Sangaré fordert, die „Heuchelei“ zu beenden und es Männern, die dies wünschen, freizustellen, mehrere Ehefrauen zu haben.

Feministinnen und Menschenrechtsorganisationen laufen dagegen Sturm. „Als Menschenrechtsaktivist ist man schockiert, wenn man einen solchen Vorschlag aus dem Munde eines gewählten Vertreters der Nation hört“, meint Boga Sako Gervais, Vorsitzender der ivoirischen Stiftung für Menschenrechte und Dozent an der Universität Bouaké. „In der Elfenbeinküste gab es vor der Unabhängigkeit zunächst einmal die traditionelle Polygamie – mit all dem Leid, das sie in Wahrheit mit sich bringt. Ich meine Leiden psychologischer, moralischer und manchmal sogar physischer Natur, vor allem für die Frau, aber auch für die Kinder. Das war die Praxis in unserem Land, bis wir im August 1960 unabhängig wurden. Dank der Monogamie bildeten sich stabile Paare und Haushalte; die Erbfolge der Kinder wurde ordentlich geklärt. Vorher hatte es in diesem Bereich rechtliche Probleme gegeben, das konnte alles geordnet werden.“ Auch die Gleichberechtigung der Frauen sei vorher untergraben worden.

Polygamie war in Afrika schon vor der Ausbreitung des Islam tief verwurzelt. In vielen Ländern spielt sie weiter eine wichtige Rolle; im Senegal etwa soll ein Drittel aller verheirateten Frauen in einer Vielehe leben. Menschenrechtler sprechen von moderner Sklaverei, doch gibt es auch Verteidiger der Vielehe. Am verbreitetsten weltweit ist Polygamie in Westafrika; anders als in der Elfenbeinküste ist sie dort in den meisten Staaten legal. (*Vatican News*, 8.8.22)

Asien

Indien

(5670) **Kerala**. Nachdem der Oberste Gerichtshof Indiens im Oktober 2021 entschieden hat, dass die Provinzregierungen den Familien von Personen, die an Covid-19 gestorben sind, eine Entschädigung zahlen müssen, kamen die katholischen Ordensgemeinschaften Indiens auf eine schlaue Idee: Sie forderten für verstorbene Nonnen und Mönche die gleiche Entschädigung, weil die Orden ja sozusagen ihre Familien geworden seien. Die Regierungsbeamten widersprachen

dem aber mit dem Hinweis, dass nur enge Familienangehörige oder Verwandte der Verstorbenen berechtigt seien, die Entschädigungssumme zu fordern. Die Klöster sehen sich nun diskriminiert, weil sich der Staat nicht ihren stark erweiterten Familienbegriff zu eigen gemacht habe. Sie forderten sogar das Einschreiten der staatlichen Menschenrechtskommission. Die Versuche, aus dem Covid-Tod der rund 400 verstorbenen indischen Priester und Klosterschwestern noch Geld herauszuschlagen, blieben vorerst allerdings vergeblich. (*Uca News* [katholische Nachrichtenagentur für den asiatischen Raum], 23.7.22)

(5671) **Bombay**. Auch die katholische Kirche Indiens schlittert von einem Skandal in den nächsten und demonstriert, wie praktizierte Nächstenliebe vor Ort aussieht. Nun wirft eine breite innerkatholische Opposition Kardinal Oswald Gracias vor, er habe versucht, einen falschen Vaterschaftstest für einen umstrittenen Bischofskollegen zu organisieren, der u.a. beschuldigt wird, heimlich ein Kind gezeugt zu haben. Gracias behauptete seinerseits in einem am 8. August auf dem YouTube-Kanal der Erzdiözese Bombay veröffentlichten Video, dass die Aufzeichnung eines Telefongesprächs mit Bischof William von Mysore aus dem Jahr 2020 „bearbeitet“ worden sei. Dieser Mitschnitt, der ursprünglich von der Website *Church Militant* veröffentlicht worden war, kursierte in sozialen Netzwerken unter indischen Katholiken.

Schon 2021 leitete der Vatikan eine Untersuchung zu den Vorwürfen gegen Bischof William ein, die bislang aber zu keinem Ergebnis führte. Auslöser war ein Brief, den 37 Priester der Diözese 2019 an den Papst gerichtet hatten. Sie forderten die Absetzung des Bischofs und führten Vorwürfe des sexuellen Fehlverhaltens und der Veruntreuung von Kirchengeldern an. Bischof William wurde daraufhin beschuldigt, die sofortige Versetzung der 37 Priester in abgelegene Dörfer organisiert zu haben. Ebenfalls 2021 schrieben 113 Personen, darunter 22 Priester, die sich im *Save Mysore Diocese Action Committee* zusammengeschlossen hatten, an Kardinal Tagle, Präfekt des vatikanischen Missionsdikasteriums, und forderten von Bischof William die Amtsniederlegung. (*cath.ch*, 11.8.22; *asianews*, 10.8.22)

Japan

(5672) **Tokio**. Der vor kurzem erschossene rechtsnationale Premierminister Shinzo Abe, der sich offiziell als gläubiger Anhänger der Staatsreligion Shinto ausgab, hatte auch engen Kontakt zu der südkoreanischen Mun-Sekte, die sich offiziell "Familienföderation für Weltfrieden und Vereinigung" nennt und auch als "Vereinigungskirche" bekannt ist. Deren japanischer Präsident Tanaka bestätigte, dass Abe wiederholt Freundschaftsbotschaften an den japanischen Mun-Ableger *Universal Peace Federation* gesandt hat. Dies löste Verwunderung aus, weil einerseits Abe vehement für die militärische Aufrüstung Japans eintrat und mit Friedenspolitik wenig im Sinn hatte (was indes möglicherweise auch auf die Mun-Sekte zutrifft). Andererseits schreibt Japans Verfassung die Trennung von Politik und Religion zwingend vor. Gerade die Regierungspartei LPD ist allerdings auch stark beeinflusst von der rechtsnationalen shintoistischen Organisation *Nippon Kaigi*, für die auch Abe eintrat. (Der kleinere Koalitionspartner *Komeito* wurde hingegen von der buddhistischen *Soka Gakkai* gegründet, der heute größten neuen religiösen Bewegung Japans.)

Beobachter nehmen an, dass Abe an dem rückwärtsgewandten, autoritären Familienbild der Mun-Sekte interessiert war, während sich diese mit der Nähe zum Ministerpräsidenten schmücken und so neue Mitglieder gewinnen wollte. (*Süddeutsche Zeitung*, 23.7.22)

Pakistan

(5673) **Lahore.** Das Gericht in Lahore hat einen heute 34-jährigen Mechaniker der Blasphemie für schuldig befunden und zum Tod durch Erhängen verurteilt. Der Beschuldigte sitzt seit 2017 im Gefängnis und bestreitet den Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Ein muslimischer Konkurrent von ihm sei eifersüchtig gewesen, weil seine Geschäfte besser liefen.

Menschenrechtler kritisieren schon lange eine Instrumentalisierung des pakistanischen Blasphemiegesetzes. Die Nichtregierungsorganisation *Voice for Justice* kündigte Berufung gegen das Todesurteil an. Ein Vertreter der Minderheiten in Punjab, Ashiknaz Khokhar, zeigte sich ebenfalls besorgt: „Es ist beunruhigend zu sehen, dass Gerichte in erster Instanz Todesurteile bei Blasphemievorwürfen sprechen, auch wenn ausreichende Beweise fehlen. Extremisten üben Druck auf Gerichte aus, aber es ist inzwischen bekannt, dass viele Vorwürfe nur falsche Anschuldigungen sind und dahinter persönliche Motive stehen. Die Regierung muss wirksame Mittel finden, um den Missbrauch der Blasphemie-Gesetze zu stoppen und die fundamentalen Rechte der Bürger und ihrer Familien zu schützen“.

Das *Center for Social Justice* berichtet, dass zwischen 1987 und 2021 in Pakistan 1.949 Menschen der Blasphemie beschuldigt wurden. Davon waren 928 Muslime, 643 Ahmadiyya, 281 Christen, 42 Hindus und 55 Menschen, deren Glaubenszugehörigkeit nicht bekannt ist und die mutmaßlich religionslos sind. Von den Beschuldigten wurden 84 jenseits der Gerichtsverfahren getötet, bevor ein definitiver Urteilsspruch erfolgt war. (*fides*, 27.7.22)

Ozeanien

Australien

(5674) **Melbourne.** Der Vater eines ehemaligen Chorknaben, der von Kardinal George Pell mutmaßlich sexuell missbraucht wurde, hat zivilrechtliche Schritte gegen den Kardinal und die Erzdiözese Melbourne eingeleitet. Der Mann klagt wegen eines Schocks und eines Nervenleidens, die er erlitten habe, nachdem er von der Polizei über den Missbrauch seines Sohnes durch Pell informiert worden sei, berichtet das australische Nachrichtenportal *ABC*.

Der Kläger fordere Schmerzensgeld und Schadenersatz. Sein Sohn war 2014 gestorben. Der heute 81-jährige Pell war 2018 von einem Gericht in Melbourne wegen des Vorwurfs sexuellen Missbrauchs von zwei Chorknaben in seiner Zeit als Erzbischof von Melbourne in den 90er Jahren zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. 2020 wurde er jedoch vom Obersten Gerichtshof aus Mangel an Beweisen freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen.

Die prominente Anwaltskanzlei Shine Lawyers, die den Vater vertritt, sagte zu *ABC*, die strafrechtlichen Verfahren und das Urteil des Obersten Gerichts hätten keine Bedeutung für zivilrechtliche Verfahren. „Der Oberste Gerichtshof hat einige Entscheidungen in Bezug auf die Strafverfolgung gegen Pell getroffen. Unser Fall ist ein Zivilverfahren gegen George Pell und die katholische Erzdiözese. Es gibt verschiedene Wege zur Gerechtigkeit“. Die Erzdiözese hüllte sich auf eine *ABC*-Anfrage in Schweigen.

Zivilrechtsprozesse sind nach Ansicht von Juristen für Pell gefährlicher als strafrechtliche Verfahren. Während im australischen Rechtssystem bei Strafrechtsverfahren die Schuld eines Angeklagten zweifelsfrei bewiesen werden muss, reicht bei Zivilrechtsverfahren Plausibilität für eine Verurteilung. (*ABC*, 14.7.22)